

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1928

24.1.1928 (No. 24)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung mit Industrie- und Handelszeitung Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

Bezugspreis: monatlich M. 2,20 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1,90. Durch die Post bezogen monatlich M. 2,40 auswärts Zustellgeld. Im Falle höherer Postwert bei der Zeitung keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterhaltener Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen. Einzelhefte zu 10 Pf. (Berlags 10 Pf., Sonntags 15 Pf.) Anzeigenpreise: die 9-spaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 28 Pf., auswärts 33 Pf., Restausgabe M. 1, —, an erster Stelle M. 1,20. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigter Preis. Die Wiederholung nach 14 Tagen, bei Nichterhaltung des Zahlungsmittels, bei gerichtlichem Streit und bei Rückfragen außer Kraft tritt. Geschäftsstelle: Karlsruhe, L. 2, Bellmann-Unterhaltung, Sport, Frauen, Wandern, Landwirtschaft u. Garten, Literatur.

Hauptverleger: S. v. Laer. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. H. Hoff; für den Nachdruck: S. M. Hagenberg; für den Druck: Heinrich Rippel; für die Druckerei: H. v. Laer, Karlsruhe, L. 2, Bellmann-Unterhaltung, Sport, Frauen, Wandern, Landwirtschaft u. Garten, Literatur. Telefon: 125. Für amerikanische Abonnenten: über den Postweg keine Verantwortungen. Erscheinung der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, L. 2, Bellmann-Unterhaltung, Sport, Frauen, Wandern, Landwirtschaft u. Garten, Literatur. Postfach 1000 Karlsruhe Nr. 9547.

Kritische Lage der Regierungskoalition.

Gegenfälle in der Frage der Simultanschule.

Die Notlage der Landwirtschaft.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)
W. Pl. Berlin, 23. Jan.

Der Reichstag setzte heute die politische Aussprache über den Etat fort. Die erste Rednergarnitur ging zu Ende, die zweite begann mit dem sozialdemokratischen Abg. Reil. Zwischen den beiden Garnituren hielt der Reichsfinanzminister Dr. Brücher eine Rede, um sich mit den mannigfachen Angriffen und Kritiken an seinem Etat zu beschäftigen. Er vertrat in längerer Rede seine Auffassung über die Wirtschafts- und Finanzlage.

Das parlamentarische Schwergewicht hat sich jetzt verschoben und liegt nunmehr in den Fraktionen und vor allem in den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien. Nachdem das Kabinett im Laufe des Vormittags eine Beratung abgehalten hatte, trat die Führung der Regierungsparteien heute mittag im Reichstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen.

In dieser Sitzung des interfraktionellen Ausschusses handelte es sich vor allen Dingen um zwei wichtige Fragen. Die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und die Fortsetzung der Verhandlungen des Reichsschulgesetzes.

Die Parteien werden dem Reichsfinanzminister im wesentlichen folgende Forderungen unterbreiten:

1. Übernahme des Zinsendienstes der Rentenbankkredite für das Jahr 1928 bzw. für die Dauer des Notstandes durch das Reich.
2. Einzahlung von Zwischenkrediten zur Verbilligung des Zinsendienstes für Auslandsanleihen.
3. Verhandlungen mit der Preussischen Staatsregierung über die Beschränkung der Einfuhr von ausländischem Fleisch.
4. Ermäßigung der Einkommensteuer für die armen Klassen.

Der Reichsernährungsminister hat Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gefordert, die ebenfalls in erster Linie die Verzinsung der Rentenbankkredite betreffen.

Es wird vorgeschlagen, diese Verzinsung auf das Reich zu übernehmen, da die Landwirtschaft zum großen Teil nicht in der Lage ist, die Zinsen zum 1. April zu bezahlen. Es würde sich hier um eine Summe von 75 Mill. Reichsmark handeln, die dem Reich zur Last fallen würde. Die geforderten Zwischenkredite sollen ermäßigten, ausländische Anleihen zu einem billigen Zinssatz aufnehmen. Es wird vorgeschlagen, daß das Reich von der Verzinsung dieser Anleihen, die im allgemeinen zu 8 Prozent begeben werden, 2 Prozent übernehmen soll, wodurch die Landwirtschaft nur 6 Prozent Zinsen zu leisten hätte. Alles in allem würde es sich um eine Belastung des Reichsetats mit etwa 100 Millionen Anm. handeln.

In dieser Frage ist man jedoch heute im interfraktionellen Ausschuss noch zu keiner Einigung gekommen.

Der interfraktionelle Ausschuss beschäftigte sich dann weiter mit der

Frage des Reichsschulgesetzes.

Hier ist der § 20, der die Simultanschulländer behandelt, noch immer offen. Das Zentrum ist bereit, die Schonfrist von zwölf Jahren für die Simultanschulen in den süddeutschen Simultanschulländern und eine Erhöhung der Mehrbeit der stammbezugsberechtigten Eltern bei der Umwandlung der Simultanschule nach Ablauf der Schonfrist auf zwei Drittel oder drei Viertel der stammbezugsberechtigten Eltern zuzugestehen.

Die Deutsche Volkspartei hat aber bisher auch diesen Kompromißvorschlag des Zentrums abgelehnt und besteht nach wie vor auf einer Erhaltung der Simultanschule, zum mindesten auf Einsetzung einer unbegrenzten Schonfrist bis zum Erlaß eines neuen Reichsgesetzes.

Zwischen diesen gegenläufigen Ansichten ist auch in den heutigen Besprechungen noch keine Annäherung erfolgt.

So daß die Verhandlungen auf morgen vormittag vertagt wurden.

Die Kostenfrage ist zunächst überhaupt nicht angeschnitten worden. Man will sie der Initiative des Reichsfinanzministers überlassen. Es verlautet, daß das Reichsinnenministerium eine Ueberprüfung angefordert habe, wonach dem Reich aus der Durchführung des neuen Reichsschulgesetzes ein einmaliger Aufwand von 30 Mill. Mark erwachsen würde. Eine Schätzung über die fortlaufenden Ausgaben des Reiches ist

nicht zu erwarten. Die Länderkosten können deshalb noch nicht endgültig angegeben werden, weil noch nicht alle Länder auf die Rundfrage geantwortet haben und die bisherigen Unterlagen unvollständig sind.

Der Bildungsausschuss des Reichstages tritt am Dienstag wieder zusammen und wird vielleicht schon in dieser Sitzung in die Beratung des § 20 des Reichsschulgesetzes eintreten. Der Abg. Kunze wird

einen Antrag der Deutschen Volkspartei betreffend die Simultanschulländer

einbringen. Dieser Antrag wird von den Deutschnationalen und dem Zentrum nicht unterstützt werden, kann aber möglicherweise bei der Abstimmung die voraussetzliche am Mittwoch stattfindende, eine Mehrheit finden, wenn die Demokraten und Sozialdemokraten für den Antrag der Deutschen Volkspartei stimmen. In diesem Falle wäre die Koalitionskrise nicht so akut und man spricht in einigen parlamentarischen Kreisen auch bereits davon, daß das Zentrum dann die Konsequenzen ziehe und seine Minister aus dem Kabinett zurückberufen werde.

Das würde das Ende der Regierungskoalition und auch wohl das Ende des Reichstages bedeuten.

Zu einem anderen Teile des Parlamentis glaubt man aber, daß das Zentrum, wenn der volksparteiliche Antrag angenommen und sein Kompromißantrag abgelehnt würde, nach der ersten Sitzung noch nicht den Trennungsschritt zwischen sich und den bisherigen Koalitionspartnern ziehen, sondern abwarten werde, was die amteileitung des Reichsschulgesetzes im Ausschuss bringen wird. Ebenso gut kann natürlich auch die Deutsche Volkspartei die Koalition sprengen, wenn ihr Antrag abgelehnt und die Fassung der Regierungsvorlage angenommen wird.

Es läßt sich gar nicht verkennen, daß starke Spannungen in der Koalition vorhanden sind.

Die sich auch in den Reden zum Haushaltsplan gezeigt haben. Man wird übrigens annehmen können, daß der Reichskanzler in der interfraktionellen Aussprache auch darauf hingewiesen hat, daß diese Reden und Kritiken aus der Koalition heraus für ein gedeihliches Weiterzusammenarbeiten, der Regierungsdarbeiten nicht förderlich sind. Da aber die Differenzen allmählich so ernst geworden sind, daß sie nicht mehr zu verbergen sind, ist man im Reichstage trotz mancher optimistischen Auffas-

sung im Grunde genommen auf Ueberraschungen vorbereitet.

Für ein Auseinanderfallen der Koalition und eine Auflösung des Reichstages würde selbst die Fatale kein Hindernis mehr sein, daß der Etat für 1928 noch nicht verabschiedet ist.

Man könnte sich wohl denken, daß die Reichstagswahlen so schnell ausgeführt werden, daß der neue Reichstag bereits wieder im April zusammenzutreten könnte, man hält es aber ebenso gut für möglich, daß der Etat für 1928 durch ein Notgesetz verabschiedet wird. Auf jeden Fall kann der 25. Januar, der die vorläufige Entscheidung über das Reichsschulgesetz im Ausschuss bringt, ein kritischer Tag für das Reichs-parlament werden.

Ein schwerer Eingriff der Befähigung in die deutsche Verwaltungshoheit.

TU. Koblenz, 23. Jan.

Die Interalliierte Rheingebietskommission hat dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet ihre Stellung zur Anwendung des Reichsstrafpolizeigesetzes von 1922 im besetzten Gebiet bekanntgegeben. Dabei werden die Vorbehalte und Einschränkungen gemacht, daß aus dem unbesetzten Gebiet keine Polizeibeamten oder Polizeigarnisten im besetzten Gebiet Aufträge ohne Zustimmung der Beamten des besetzten Gebietes und ohne Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden ausführen dürfen.

Die zuständigen deutschen Stellen im besetzten Gebiet seien für die Tätigkeit dieser Beamten verantwortlich. Ferner wird verlangt, daß der französischen Behörde vorher über die Ankunft und den Auftrag der Beamten Mitteilung gemacht wird.

Diese Verfügung bedeutet einen neuen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit und verleiht in erster Linie politische Zwecke. Ihre Durchführung erschwert in hohem Maße die Bekämpfung des Landesverrats und der Fremdenlegionverbindung, da die Franzosen nunmehr die Möglichkeit haben, Personen, die in ihren Diensten stehen, zu warnen, und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Tarragona. Ein französisches Passagierflugzeug geriet dicht bei Tarragona in Brand. Der Pilot wurde schwer verletzt; zwei Passagiere fanden den Tod.

Das Ende der Friedenspaktidee.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 23. Jan.

Der Eindruck, den die gestern veröffentlichte französische Antwortnote in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, und über den die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter ausführlich berichteten, konnte nicht überraschen; der Eindruck war geradezu katastrophal. Wie übereinstimmend „Newport Herald“ und „Chicago Tribune“ melden, ist man in den Kreisen des amerikanischen Staatsdepartements nicht nur der Auffassung, daß

die Gegenfälle in der amerikanischen und französischen Auffassung unüberbrückbar

seien, sondern daß auch eine weitere Diskussion zwischen den beiden Mächten sich als zwecklos erübrige. Wenn sich überhaupt eine Möglichkeit biete, das Thema weiter zu behandeln, so könne das nach amerikanischer Ansicht nur in der Weise erfolgen, daß vertrauliche und private Besprechungen zwischen den interessierten Großmächten geführt werden sollen, die

eine gemeinsame Erklärung, also keinen Vertrag

zu unterzeichnen, zum Ziele haben könnten, der jede Art von Krieg ächte. Man erkennt schon jetzt in Amerika an, daß einer Erklärung kein juristischer, sondern höchstens ein moralischer Wert zugemessen sei.

Interessant ist es auch, zu erfahren, daß Abschriften der Kelloggischen Antikriegspaktvorschläge bereits sämtlichen Großmächten zur Fühlungnahme zugegangen sind.

Das amerikanische Staatsdepartement will aber nicht mehr die Initiative in den Verhandlungen ergreifen, sondern lediglich eine abwartende Haltung einnehmen. Nachdem das gleiche, wie aus der gestrigen Note Briand's zur Genüge hervorgeht, auch bei Frankreich der Fall ist, geht man in der Prophezeiung wohl nicht fehl, daß man

schon heute von einem Begräbnis des ganzen Antikriegspaktgedankens

sprechen kann. Auf diesen Ton waren auch die Kommentare der Pariser Morgenpresse mit Ausnahme der offiziellen Blätter eingestellt. Die letzteren behaupten allerdings noch, daß die für zu weiteren Verhandlungen noch nicht ganz ausgefallen sei. Auf Grund der amerikanischen Meldungen wird man aber diesen sehr vorsichtig ausgesprochenen Optimismus kaum beistimmen können.

Der neue Sowjetbotschafter in Paris

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 23. Jan.

Der Präsident der französischen Republik Doumergue empfing heute den neuen Sowjetbotschafter Dorgaleski, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. An den bei der Ueberreichung gewechselten Begrüßungsansprachen zwischen dem Sowjetbotschafter und dem französischen Präsidenten wurde von beiden Seiten der Wunsch betont, die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu verbessern.

Der elfjährige Liquidationsstandal.

S. Paris, 23. Januar. (Eigener Dienst.) Der Generalstaatsanwalt von Roubaix Pachot hat gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt, und zwar auf Grund der bekannten durch den Senator Delmer erhobenen Angriffe, die sich auf dunkle Vorgänge bei der Liquidation der Elfjährigen Kalimerge beziehen. Die ursprünglich rein juristische Angelegenheit nimmt infolge der Angriffe autonomistischer Zeitungen auch eine politische Wendung an. Der Justizminister hat bereits ein Mitglied des Kassationshofes mit der Untersuchung betraut.

Der Kampf der deutschen Kohle.

Von
Dr. Wilhelm Mollat.

Das Jahr der Weltwirtschaftskonferenz hat zahlreiche Hoffnungen und Pläne, die auf eine internationale Wirtschaftsverständigung hingelen, enttäuscht, wenn auch vielleicht hier und da gewisse Ansätze erfreulicher Entwicklungen zu erkennen sind. Für die Behebung der Weltkohlenkrise konnte es keine Wege zeigen, die bisher ernsthaft beschritten worden wären. Soweit nicht die Konjunkturbelebung eine leichte Erholung auf den Kohlenmärkten gebracht hat, sind die Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie unbehoben geblieben. Der Kampf um den Absatz auf dem internationalen Kohlenmarkt, für Deutschland im wesentlichen der Wettbewerbskampf mit der englischen Kohle auf dem europäischen Markt, ist in vollem Gange.

Der englische Bergbau hat diesen Kampf nach dem Abbruch des Bergarbeiterstreiks im Jahre 1926 mit außerordentlicher Schärfe angefaßt und mit großer Energie aufgenommen. Die Kohlenausfuhr Englands hat die Ausfuhr vor dem Streik überstiegen, wenn sie auch hinter der Ausfuhr des letzten Vorkriegsjahres zurückbleibt. Sie betrug in den ersten elf Monaten des Jahres 1927 durchschnittlich 4,37 Millionen Tonnen gegenüber 4,3 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926. Ein entscheidender Schritt zur Senkung der Produktionskosten war die Voraussetzung für die Aufnahme des Wettbewerbskampfes; die Verlängerung der Arbeitszeit und die Neuregelung, d. h. die Herabsetzung der Löhne. Wenn die wirtschaftlichen Ergebnisse der Gruben, insbesondere in den englischen Kohlenausfuhrbezirken, trotzdem nicht als günstig bezeichnet werden können, so erklärt sich diese Erscheinung aus dem Rückgang des Erlöses. Die Steigerung der Leistung und die Senkung der Lohnkosten konnte nicht so groß sein, daß die rückwärtslose Preispolitik sich hiermit rechtfertigen ließe. Nunmehr werden weitere Maßnahmen in Angriff genommen, um die Konkurrenzfähigkeit der englischen Kohle zu stärken. Zunächst drängt der englische Kohlenbergbau auf eine Herabsetzung der Frachttarife von der Grube zum Schiff. Der Erfolg seiner Bemühungen ist jedoch fraglich. Sodann ist die Rationalisierung der englischen Gruben längst noch nicht so weit vorgeschritten, wie es z. B. im deutschen Bergbau der Fall ist; vor allem wird die Mechanisierung der Betriebe wesentliche Fortschritte machen, die einen günstigen Einfluß auf die Betriebskosten ausüben müssen. Die Auswirkungen der negativen Rationalisierung — der Stilllegung von Gruben und der Betriebsbeschränkungen — lassen sich im jetzigen Zeitpunkt ebensowenig übersehen wie die Folgen der Zusammenstöße im englischen Bergbau, die bisher allerdings erst in wenigen Bezirken von Bedeutung sind. Ein Zusammenwirken aller Faktoren kann jedenfalls die Stellung der deutschen Kohle auf dem Weltmarkt nur erschweren.

Der deutsche Kohlenbergbau muß bei seinen Entschlüssen alle diese Punkte in Rechnung stellen. Seine Aufgabe ist es, die deutsche Stellung auf dem Kohlenmarkt zu behaupten und zu festigen. Der Ruf nach internationaler Verständigung, der gelegentlich von jenseits des Kanals erklingt, — in der Regel dann, wenn der englische Bergbau die Kohlenkrise besonders drückend empfindet — kann ihn hierin nur bestärken. Denn wenn die Pläne eines internationalen Uebereinkommens auf dem Kohlenmarkt wirklich einmal greifbare Gestalt annehmen sollen, muß der deutsche Bergbau als ernsthafter und entscheidender Verhandlungspartner auftreten können. Die günstige Entwicklung der deutschen Kohlenwirtschaft im Jahre 1927, die in der Steigerung der Steinkohlenproduktion auf 15,2 Mill. T. gegenüber 14,8 Mill. T. im letzten Vorkriegsjahre ihren Niederschlag findet, erlaubt uns, zuversichtlich in die Zukunft zu sehen. Daß uns diese Zuversicht nicht berechtigt, die Hände in den Schoß zu legen, sondern im Gegenteil verpflichtet, alle Anstrengungen zu machen, um sie zu rechtfertigen, braucht kaum nachträglich betont zu werden. Ein Führer der

Das Karlsruher Tagblatt gibt heute wieder
kostenlos
Eintrittskarten
für
Lichtspiel-Theater
Jeder, der seinen Namen im Anzeigenteil dieser Ausgabe aufgerufen findet, erhält an den Schaltern unserer Geschäftsstelle, Ritterstr. 1, zwei von uns gelöste Eintrittskarten kostenlos ausgehändigt. Die Karten müssen innerhalb einer Woche abgeholt sein

Ruhrindustrie, Geheimrat Klöckner, hat kürzlich in einer vielbeachteten Rede seinen Glauben an eine langsame Konsolidierung der deutschen Verhältnisse bekundet...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung des Klöcknerschen Vorschlags auf Schwierigkeiten stoßen würde...

Eine wertvolle Untersuchung von Oberbergmann Dr. Ebel in der "Zeitschrift für Bergrecht" kommt zu dem Ergebnis, daß bei einheitlicher Vergleichsgrundlage eine Arbeitszeit von...

8 Stunden 2/3 Std. 8 2/3 Std. 8 2/3 Std.
in England von 38,6% 68,4%
in Deutschland von 95,8% 4,2%

der Arbeiter unter Tage verfahren wird. (Die Verkürzung der Sonnabendarbeit in einzelnen englischen Distrikten um etwa eine Stunde ist dabei außer Betracht geblieben.) Im gewogenen Durchschnitt werden in England 8,32 Stunden...

Die Kündigung des Arbeitszeitabkommens im Aachener Bergbaurevier, die als einziges größeres Steinkohleneviere über 8 Stunden hinausgehende Schichtzeit unter Tage...

Streik und Aussperrung in Mitteldeutschland.

Auch in Halle die Aussperrung beschlossen.

WTB. Halle-Döhlen, 23. Jan. Die sächsischen Gusstahlwerke haben die von den mitteldeutschen Metallindustriellen am Samstag angekündigte Aussperrung durchgeführt...

Der Verband der mitteldeutschen metallindustriellen Bezirksgruppe Halle hat am Montag nachmittag die Aussperrung der noch arbeitenden Metallarbeiter für Dienstag abend mit Schlußschloß beschlossen...

Woldemar kommt nach Berlin.

(Eigener Dienst des "Karlsruher Tagblattes".) B. Berlin, 23. Jan.

Am 23. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemar in Berlin zu mehrtägigen Besprechungen mit der Reichsregierung ein. Die Besprechungen werden sich in erster Linie um eine grundsätzliche Verständigung über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages...

Besuch des rumänischen Außenministers in Berlin.

(Eig. Kabeldienst des "Karlsruher Tagblattes".) San Remo, 23. Jan. (United Press.)

Der neue rumänische Gesandte für Deutschland, Comnes, erklärte heute, daß der rumänische Außenminister Titulescu, der sich augenblicklich hier befindet, noch vor Ende des Monats nach Berlin abzureisen gedenke. Er werde dort über die Frage des drei Milliarden bei betragenden deutschen Reparationsgeldes...

Der Flieger Cobham in Abukir eingetroffen.

Alexandria, 23. Jan. Der Flieger Cobham, der einen Rundflug um Afrika begonnen hatte und über dessen Schicksal eine gewisse Unruhe verbreitet hatte, ist heil in Abukir eingetroffen.

Der panamerikanische Kongress und Nicaragua.

(Eig. Kabeldienst des "Karlsruher Tagblattes".) Buenos Aires, 23. Jan. (United Press.)

Im Gegensatz zu den übrigen lateinamerikanischen Staaten ist man in Chile augenscheinlich mit Rücksicht auf die Tacna-Arica-Frage geneigt, von einer Diskussion über das Vorhaben der Vereinigten Staaten in Nicaragua auf der panamerikanischen Konferenz abzusehen. In diesem Sinne erklärt auch der frühere Außenminister Charles Aldunate...

Die Presse der übrigen lateinamerikanischen Staaten nimmt allerdings einen entgegen gesetzten Standpunkt ein, und besonders die argentinischen und uruguayischen Blätter verlangen energisch die Behandlung der nicaraguianischen Angelegenheit auf der Konferenz und hören nicht auf, schärfste Angriffe gegen die Vereinigten Staaten zu richten.

Die amerikanische Beaufichtigung der Wahlen in Nicaragua.

Managua, 23. Jan. Der Präsident des Unterhauses, Stadthager, erließ eine Erklärung, in der er das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Präsident Diaz über die amerikanische Beaufichtigung der Wahlen in einigen Punkten als gegen die Verfassung verstoßend bezeichnete. Das Unterhaus habe daher eine neue Vorlage über diese Angelegenheit ausgearbeitet, die die Beaufichtigung ohne Verletzung der Verfassung ermögliche.

Der bayerische Ministerpräsident über die Länderkonferenz.

Das Kernproblem Preußen und Reich. TU. München, 23. Jan.

Ministerpräsident Dr. Held gab heute nachmittag den Pressevertretern eine ausführliche Darstellung über den Verlauf und die Ergebnisse der Länderkonferenz. Die Ausführungen der Referenten und Ländervertreter auf der Konferenz faßte er dahin zusammen, daß mit Ausnahme von Preußen und Braunschweig...

Das Hauptergebnis der Länderkonferenz sei die volle Einigkeit darüber, daß die Weimarer Verfassung nicht das gebieten habe, was sie versprochen habe, daß sie unzulänglich und im höchsten Grade reformbedürftig hinsichtlich der großen Prinzipienfrage der Gestaltung des Reiches sei.

Rokoko im Schnee.

Von Anna Maria Henner.

Die blaueidene Rokokodame tanzte auf dem Kosümfest mit dem ungarischen Pferdwehler, und der blaue Omas ihres Kleides gab mit dem Braunrot seiner Fäde einen Farbensatz, aus Zartheit und Kraft gemischt und voll verbaltener Lebenslust.

Ein Mensch in einem fröhlichen Jubel. Am liebsten hätten sie gestolzt wie Kinder, aber die schweigende Kühle und die außergewöhnliche Stille und die Abnung von etwas Aussergewöhnlichem, Demutliche machte sie still.

Die Tarnwand schien früher größer geworden, die Stille noch tiefer und der Garten war ein entrindetes Land im Schnee und in der Nacht. Es litt wie ein Mädchen, sagte das Mädchen. "Erzählen Sie es!" bot der Mann, und sie fuhr lachend fort: "Ein Bruder und eine Schwester...

Die Tarnwand hand schlafend unter der Schneefalt. So hat sie nicht gesehen, wie die beiden Menschen mit kühlen, schneigen Lippen, sich küßten und in solchem ehrfürchtigen Zerküßten die Erinnerung an den Märchenarten ihrer wortlosen Freundschaft festhalten wollten.

Aber — auch diese Tür war verschlossen worden, und so sehr der Mann daran rüttelte, sie öffnete sich nicht, und es erschien, als ob sie verwehrt sei. Die summe, verlockende Tür schrie Wirklichkeit in den Traum, Wirklichkeit in solcher Bildfolge: rufen? Das Mädchen sagte: "Wenn auch die beiden Selbentzren geschlossen sind, fesseln wir über die Mauer." Sie sagte das fest, ruhig, in der Einsicht in das einzig Mögliche und in bewußtem Veressen dessen, was sie als schuldig und unschuldig sehr stark empfand.

Die beiden schritten schweigend und sehr rasch zur letzten Tür — sie öffnete sich nicht. Das Mädchen knüpfte den rotenfarbenen Seidenschleier, den sie über dem Haar trug, fester. Sie trat der Tür und schaute sich hinauf und hinaus. Der Abgründ des leichten Körpers hatte leise im Schnee. In die paar Schritte, die sie langsam ruhig weitertraf bis ihr Gefährte ihr angebot wäre, dränkten sich rasch und hell Gedanken: ist die Wirklichkeit denn feindlich zu wie — das küßte sie — der Mann sie fest empfand? Was sie nicht vielmehr erneut freunden, die aus schönem Traum zu schönem, rasch blickendem Sündenmeß? Warum schämte sich der Mann? hätte sie sich nicht auch schämen müssen nach unserer Beratung? Muß sie schämen, wer den Ruksall überwindet?

Der weitere Weg ward schweigend gegangen, und die Gänge, von den Fräßen im Schnee gezogen, waren weit genug, um ein Paar dazwischen schreiten zu lassen. Vor der Tür ihres Hauses lächelte das Mädchen den zarten, rotenfarbenen Seidenschleier von ihrem Haar und legte ihm dem Mann in die Hände, die er nach den

Ministerpräsident entschieden ab, da durch sie sich das Reich einen Verwaltungsbau schaffen würde, der nach und nach den Kampf zum Einheitsstaat mit sich bringen würde. Als viertes Ergebnis kommt hinzu, daß das Traumen von dem billigen Einheitsstaat auf der Konferenz völlig fallengelassen worden sei.

Das Kernproblem der innerdeutschen Frage sei das Verhältnis zwischen Preußen und Reich. Er glaube nicht, daß eine brauchbare Lösung der Gesamtfrage gefunden würde, wenn nicht in diesem Mittelpunkt des Problems ein gangbarer Mittelweg gefunden würde. Es handle sich um ein Ringen um die politische Macht zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung, in dem eine Lösung nicht so leicht herzustellen sein werde.

Gründung eines völkischen Kampfblocks.

Das Programm. WTB. Berlin, 23. Jan.

Am 22. Januar ist in Berlin unter starker Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Reich der "Völkische Kampfblock" gebildet worden. Bisher sind der Wehrwolf, das Deutschbanner, Edward-Wehr, der Nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands E. B., die Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung, die Deutsch-sozialistische Partei u. a. mehr endgültig diesem Kampfblock beigetreten. Die Grundsätze des völkischen Kampfblocks sind:

- 1. Kampf für die deutsche Freiheit gegen die Verflaumung durch die Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Entleerung der deutschen Wirtschaft und Verelendung des deutschen Volkes.
2. Kampf gegen den heutigen unheimlichen Kapitalismus und für eine dem deutschen Völk in sozialer Weise gerecht werdende Verfassung, aufgebaut auf dem Selbstverwaltungsausschuss und Wirtschaftskörper.
3. Kampf gegen die Verfehlung des deutschen Lebens durch die überstaatlichen Mächte und für...
4. Kulturelle Freiheit des deutschen Volkes.
Den vorläufigen Vorsitz des Kampfblockes des Reiches hat Studentrat Kloppe-Salle vom Wehrwolf übernommen.

Die Spaltung der sächsischen Sozialdemokraten.

Die Altsocialisten fordern zum Austritt aus dem Reichsbanner auf. WTB. Dresden, 23. Jan.

Wie die "Sächsische Staatszeitung" berichtet, hat der Landesvorstand der Altsocialisten gestern zu dem Beschlusse des Bundesvorstandes des Reichsbanners, den Altsocialisten die republikanische Staatsgestaltung abzuzurechnen, unter Protest Stellung genommen und seine Mitglieder im Reichsbanner aufgefördert, umgehend aus dem Reichsbanner auszutreten. Ferner hat der Landesvorstand der Altsocialistischen Partei beschlossen, sich an der kommenden Reichstagswahl auch über die Grenzen Sachsens hinaus zu beteiligen.

Die Reichseinnahmen.

Berlin, 23. Jan.

Nach der neuesten Hebericht über die Einnahmen des Reiches erbrachte das Gesamtkauf-Formen in den ersten drei Quartalen des laufenden Steuerjahres 525 Millionen Reichsmark mehr als drei Viertel des Voranschlages für das gesamte Steuerjahr von 7750 Millionen Reichsmark, so daß auch nach dem geringeren Dezember-Aufkommen ein günstiges Gesamtergebnis für das Rechnungsjahr 1927 erwartet werden kann.

Das Lächeln Seiner Majestät.

Seine Frau, der Königin Ägyptens, war von schwerer Traurigkeit befallen und keiner von allen Beamten des Hofes wurde ein Mittel, aus dem düstern Antlitz Seiner Majestät ein Lächeln zu loden. Da befehlt der König: "Gleit und bring den obersten Vorlesepriester zu mir!"

Da stiegen die Würdenträger des Reiches, und Jeze-moch kam, der oberste Vorlesepriester, und der König sprach zu ihm: "Sieh, keiner von allen Wesen kann mich von meiner Traurigkeit erlösen..." Aber schon mußte Jeze-moch Rat und er sagte: "Die Majestät begehre sich an den See des Palastes und lasse ein Boot rufen und mit allen schönen Mädchen des Palastes besetzen. Du wirst lächeln vor Freude, siehst Du sie hin und wieder rudern, schaust Du die schönen Vogelschwärme Deines Sees, erblickst Du die fruchtbaren Felder und reizvollen Ufer an ihm..."

So geschah es, und die prächtigsten Mädchen mit Rogen bekleidet, ruderten auf und ab, da wurde das Herz Seiner Majestät wieder froh und er lächelte vor Freude, als er sie sahren sah.
Aber plötzlich verwirrte sich die Führerin in ihre Rechten, und dabei fiel ihr Schmutz aus neuem Malachit in die Tiefe des Wassers. So ruhte sie und ruderte nicht mehr, und ihre ganze

Die Aussprache über den Landwirtschaftsetat.

Die Not der Landwirtschaft vor dem Haushaltsausfluß.

VDZ, Berlin, 23. Jan.

Der Haushaltsausfluß des Reichstages feste am Montag die Aussprache über den Landwirtschaftsetat fort.

Abg. Hepp (Dt. Vp.) forderte im Gegenzug zum preussischen Landwirtschaftsminister eine Reichswasserstraßenpolitik, die nach großen Verkehrs- und ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten durchgeführt wird.

Abg. Gerauer (Bayer. Vp.) hat den Minister, sein besonderes Augenmerk auf die Viehzucht geeigneter Saatfrucht zu lenken. Die Viehwirtschaften sollten steuerlich bevorzugt, der Hopfenbau besser unterstützt werden.

Abg. Pennemann (Ztr.) stimmt der Förderung der Landesmelioration und der Binnen-schifffahrt zu, machte aber doch auf die schweren Schäden aufmerksam, die durch frühere Kanalbauten die landwirtschaftlichen Uferanleger erlitten hätten.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) vermißt die Anwesenheit des Finanzministers. Seine Forderung wolle klarstellen, wie viele Mittel hier wieder im Endergebnis angefordert würden und ob nicht ein Teil davon wiederum im Wege der Lohnsteuer aufgebracht werden müßte.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) meint, es würde sich darum handeln, etwas bis 3 Milliarden Schulden zu konsolidieren. Die Regierung müsse einen Plan aufstellen. Bei dieser Gelegenheit müsse ein Teil der überschuldeten Güter aufgegeben werden.

Reichsminister Schiele: Bestimmte Summen für die benötigten Kredite habe ich mit Ihnen nicht angegeben, da das Kabinett hierüber noch nicht abschließend getagt hat.

Abg. Gerauer (Bayer. Vp.) hat den Minister, sein besonderes Augenmerk auf die Viehzucht geeigneter Saatfrucht zu lenken. Die Viehwirtschaften sollten steuerlich bevorzugt, der Hopfenbau besser unterstützt werden.

306 000 Stück Vieh eingeführt worden sind. An Schweinen sind eingeführt 1927 96 000. Diese Einfuhr läßt besonders schwer auf Gebieten wie Oldenburg und Hannover. Der Hamburger Markt ist gegen früher völlig verändert.

Der Minister wandte sich dann der Viehpreispanne auf dem Fleischmarkt zu. Es sei bedauerlich, daß der Konsum von den niedrigen Viehpreisen keinerlei Vorteil verspüre. Die Spanne zwischen dem Stallpreis und dem Ladenpreis für Schweinefleisch hat sich gegenüber dem Jahre 1918 um 50 Prozent erhöht.

Was die Winzerbeitilfen anbetrifft, so sind diese aus dem 57-Millionen-Fonds bereits im Jahre 1926 ausgeschüttet. Reite sind nur aus den Mitteln geblieben, die mir aus der Weinsteuer zur Verfügung stehen.

Das Kanalbauprogramm des Reiches.

Die Kanalisierung des Neckars und Mains. VDZ, Berlin, 23. Jan.

In Erledigung einer Entschließung hat der Reichsverkehrsminister jetzt dem Reichstag eine ausführliche Denkschrift über Kanalbauten vorgelegt. In den Vereinbarungen bei der Uebernahme der Bundeswasserstraßen verpflichtete sich das Reich, den Mittelkanal zu vollenden, die Rhein-Main-Donau-Verbindung herzustellen und den Neckar auszubauen.

- 1. Den Bau der Hauptlinie des Mittelkanals von Peine bis Burg und den beschränkten Ausbau des Südlügels. 2. Die Fertigstellung der Arbeiten am Ahlekanal, Pfauer Kanal und am Ober-Spreekanal. 3. Die Vollendung der Staustufe in der Donau am Rachtel bei Passau, die Niedrigwasserregulierung der Donau von Regensburg bis Passau, sowie die Kanalisierung des Mains von Schaffenburg bis Würzburg und 4. die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn.

Unpolitische Nachrichten

Nürnberg. Bei einem hiesigen Neubau ist ein Teil der Giebelmauer eingestürzt und hat dabei das Dach des angrenzenden Lagerzweckes einer Kohlenhandlung, in dem mehrere Leute arbeiteten, durchgeschlagen.

Saarbrücken. Die Böllinger Hochexplosion hat zwei weitere Todesopfer gefordert. In der Nacht zum Montag sind Nicolaus Haß und der Hüttenarbeiter Heinrich Schmidt ihren Verletzungen erlegen.

Dortmund. Im Grubenbetrieb der Zeche „Minerlein“ kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen dem Steiger Wibelis und dem Wetterkontrollleur Nowicki.

Das Ziel dieses eingeschränkten Bauprogramms sei also im wesentlichen, das westliche und östliche Wasserstraßennetz miteinander zu verbinden und Nordbavern und Württemberg an die Großschifffahrt des Reiches anzuschließen.

Die Reichsregierung könne nicht ohne weiteres von ihren in den Staatsverträgen übernommenen Verpflichtungen abgehen und müsse es besonderer Prüfung vorbehalten, ob und inwiefern neue Bedürfnisse anerkannt und befriedigt werden können.

Die Kosten, die für die Durchführung des eingeschränkten Programms in den nächsten zehn Jahren jährlich vom Reich aufgebracht werden müssen, werden sich nach der Denkschrift voraussichtlich im Jahresdurchschnitt auf 33,7 Millionen Mark belaufen.

Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Aus dem Reichstagsausfluß.

VDZ, Berlin, 23. Jan.

Im Reichstagsausfluß für Wohnungswesen wurde die Ansprache über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung fortgesetzt.

Abg. Schirmer (Bayr. Vpt.) stellte Ueber-einstimmung darin fest, daß ohne die Mithilfe der öffentlichen Hand die Wohnungsnot nicht behoben werden kann.

Abg. Lipinski (Soz.) errechnete, daß bis zum Jahre 1935 in Deutschland 2 1/2 Million Wohnungen gebaut werden müßten. Erst dann könnte die Wohnungsnot tatsächlich als erledigt angesehen werden.

Weiterberatung Dienstag.

Aus den Parteien

Eine Entschließung der Deutschen Volkspartei zur Besoldungsfrage.

Karlsruhe, 23. Jan. Die vom Bundesfach-ausschuß für Beamte einberufene Kommission hat sich mit der Besoldungsordnung der badischen Regierung beschäftigt und einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Obwohl die Besoldungsordnung der badischen Regierung noch immer nicht veröffentlicht ist, ist doch soweit bekannt geworden, daß sie die badischen Beamten schlechter stellen will, als es bei den Reichsbeamten der Fall ist.“

Wir bitten die Landtagsfraktion dringend, jede Besoldungsordnung, die derartige Ungleichheiten aufweist, abzulehnen und auf die badische Regierung dahin einzuwirken, daß sie dem Landtag nur eine Vorlage gehen läßt, die keinesfalls eine Schlechterstellung der badischen Beamten gegenüber gleichwertigen Beamten des Reiches oder Preussens enthält.“

Hallo! Es ist die höchste Zeit für unsere Postbezieher, das Abonnement auf das „Carlsruher Tagblatt“ zu erneuern... Bestellschein form with fields for Name, Address, and Post Office.

und kühl wirkte. Es ist erfreulich, daß nach der vielen leichten Ware gerade die meinten, gebaltvollsten Stücke (u. a. auch Strindbergs „Fester Ritter“) außergewöhnlich starken Erfolg hatten.

Das Gastspiel der Karlsruher Oper mit „Cavalleria rusticana“ und „Balazzo“ bot das gewohnte Bild: ein ausverkauftes, feillich gestimmtes Haus, das den von hohem künstlerischem Können zeugenden Darbietungen freudig folgte und den Gästen lebhaften, endlosen Beifall spendete.

Das nächste (6.) Negerfest findet unter Leitung von Paul Scheinplung vom 7. bis 10. Juni in Duisburg statt, gemeinsam veranstaltet von der Max-Neger-Gesellschaft und der Stadt Duisburg.

Symphonisches Baden-Baden. Das Komitee zur Errichtung eines Deutschen Symphoniehauses in Baden-Baden hat sich, wie schon berichtet, neu gebildet, um die durch den Arica unterbrochenen Arbeiten wieder aufzunehmen.

Die kostbare Ausgabe kam mit der Bibliothek der Lady Wantage als Erbe in den Besitz von Lord Crawford und führt danach ihren Namen. Sir Trotter, der Großvater des verstorbenen Lord Wantage und damaligen Besitzers der Folio-Ausgabe, hatte sie im Jahre 1835 einem Bücherfreund namens Halkett gegeben und ihn schließlich gebeten, sie zum Zeichen seiner Wertschätzung zu behalten.

Eine Goethe-Woche im Industriegebiet. Goethe-Gesellschaft und Stadt Bochum haben sich für den Sommer dieses Jahres unter dem Titel „Goethe auf dem Theater“ zu einer „Goethe-Woche im Industriegebiet“ zusammengeschlossen.

Kunst und Wissenschaft.

Das neueste Werk Alexander von Goltzen-Rußwurm, „König des Lebens — das Gegenstück zur „Lust der Welt“ — (beide Drei Masken-Verlag) wurde insofern vom Verlag Alfred Knopf, London-New York, für eine englisch-amerikanische Ausgabe erworben.

Ein kostbares Manuskript. Ein Exemplar der kostbaren ersten Folioausgabe der Werke Shakespeares, die bei den Bibliothekaren unter dem Namen der Wantage-Crawford-Ausgabe bekannt ist, hat ihren Weg nach den Vereinigten Staaten gefunden und ist dort für 50 000 Dollars an einen amerikanischen Sammler verkauft worden.

Die kostbare Ausgabe kam mit der Bibliothek der Lady Wantage als Erbe in den Besitz von Lord Crawford und führt danach ihren Namen. Sir Trotter, der Großvater des verstorbenen Lord Wantage und damaligen Besitzers der Folio-Ausgabe, hatte sie im Jahre 1835 einem Bücherfreund namens Halkett gegeben und ihn schließlich gebeten, sie zum Zeichen seiner Wertschätzung zu behalten.

Literatur.

Das Bodensee-Buch 1928 geht nun schon in 15. Jahrgang. Der gegenwärtige Herausgeber Karl Güne läßt es im eigenen Verlag (Konstanz, Baden und Landschlacht, Schweiz) erscheinen. Der erzählerische Teil tritt diesmal stärker hervor als ehedem.

Theater und Musik.

Theater und Musik in Baden-Baden.

Die Reueinstudierung von Schillers „Kabale und Liebe“ bescherte uns eine vorzügliche Wiederabgabe des Stückes; indem sie auf gewalttätigste Weise die Intentionen veränderte, ließ sie das gepfeifte und gepörschte Wort des Dichters frei und ohne Mühen wirken.

Raps 345-360. Für 100 Kg. in Nm. ab Abfahrlösungen: Viktorien...

Mannheim. Produktentwürfe vom 23. Jan. Weizen...

Hamburger Warenmärkte vom 23. Januar. Gewürze...

Am Devisenmarkt war der Dollar gegen London...

Der Geldmarkt zeigt gegenüber der Vorwoche...

Frankfurter Abendbörse vom 23. Jan. An der...

Berlin, 23. Jan. Die Stimmung wurde am Wochen...

Am Devisenmarkt war der Dollar gegen London...

Der Geldmarkt zeigt gegenüber der Vorwoche...

Frankfurter Abendbörse vom 23. Jan. An der...

Berlin, 23. Jan. Die Stimmung wurde am Wochen...

Der weitere Verlauf der Börse wurde noch...

Am Devisenmarkt war der Dollar gegen London...

Der Geldmarkt zeigt gegenüber der Vorwoche...

Frankfurter Abendbörse vom 23. Jan. An der...

Berlin, 23. Jan. Die Stimmung wurde am Wochen...

Am Devisenmarkt war der Dollar gegen London...

Der Geldmarkt zeigt gegenüber der Vorwoche...

Frankfurter Abendbörse vom 23. Jan. An der...

Mannheim, 23. Jan. (Eig. Drahtmeldg.) Die...

Amerikanische Getreidenotierungen. Chicago, 23. Januar...

Devisen. w Berlin, 23. Januar. Gold, Brief...

Unnotierte Werte. Karlsruhe, 23. Januar. Mitgeteilt von Baer & Bland...

Frankfurter Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Prozent...

Berliner Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Prozent...

Frankfurter Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Prozent...

Berliner Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Prozent...

Table with 4 columns: Deutsche Staatspapiere, Pfandbriefe, Fremde Werte, Sachwerte.

Table with 4 columns: Banken, Industrie-Aktien, Industrie-Werte, Transportwerte.

Table with 4 columns: Bad. Weinh., Germ. Linol., Goldschmidt, Kohn & Co., etc.

Table with 4 columns: Adler Kali, Badenia Druckerei, Brown Boveri, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Table with 4 columns: Bayer. u. W.B., Berl. Han.G., Commerzbank, etc.

Table with 4 columns: Frankf. u. W.B., Friedr. Loeb, Fr. Frister, etc.

Table with 4 columns: Rätgerswer, Sch. Prank, Sch. Prank, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Table with 4 columns: Bayer. u. W.B., Berl. Han.G., Commerzbank, etc.

Table with 4 columns: Frankf. u. W.B., Friedr. Loeb, Fr. Frister, etc.

Table with 4 columns: Rätgerswer, Sch. Prank, Sch. Prank, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Table with 4 columns: Bayer. u. W.B., Berl. Han.G., Commerzbank, etc.

Table with 4 columns: Frankf. u. W.B., Friedr. Loeb, Fr. Frister, etc.

Table with 4 columns: Rätgerswer, Sch. Prank, Sch. Prank, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Table with 4 columns: Bayer. u. W.B., Berl. Han.G., Commerzbank, etc.

Table with 4 columns: Frankf. u. W.B., Friedr. Loeb, Fr. Frister, etc.

Table with 4 columns: Rätgerswer, Sch. Prank, Sch. Prank, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Table with 4 columns: Bayer. u. W.B., Berl. Han.G., Commerzbank, etc.

Table with 4 columns: Frankf. u. W.B., Friedr. Loeb, Fr. Frister, etc.

Table with 4 columns: Rätgerswer, Sch. Prank, Sch. Prank, etc.

Table with 4 columns: Festverzinsliche Werte, Wechsel, Staatsanleihen, etc.

Aus dem Stadtkreis

Wo ein Konfirmand im Hause ist.

Das Elternhaus kann der Jugend, die Dikern eingeleitet wird, keinen größeren Dienst erweisen als den, sich auf die innere Seelenverfassung der jungen Menschen einzustellen und das seelische Erlebnis dieser Vorzeit mit Verständnis und Teilnahme zu begleiten. Es sind hier tiefe Zusammenhänge, die die Grenzlinien zwischen Körper und Seele berühren. Ein einziges plumpes Wort kann großen Schaden anrichten. Ein wenig Verständnis aber wird in einer Weise förderlich sein können, daß der junge Mensch sein ganzes Leben etwas davon hat.

Das Elternhaus sollte sich davor hüten, bei den notwendigen Vorbereitungen für Dikern allzu sehr in äußerliche Dinge zu verfallen. Die Eingebung ist alles andere, als eine äußerliche Szene — wenigstens für den Jugendlichen nicht. Er wächst in einer Welt der inneren Stille auf. Rärm von außen muß ihn hören. Es wäre grundverfehrt, diesen Zustand übersehen zu wollen. Man bringe das Opfer und stelle das ganze Haus und den Haushalt auf diesen Ton ein. Mit anderen Worten: man unterfühle die Vorbereitungen der Seelsorger. Jeder Erwachte wird sich erinnern, wie es ihm damals ums Herz war, und die Mütter sind ganz besonders berufen, ihren Kindern dieses stillen Weges der Vorbereitungszeit hinwoll zu gestalten. Man sollte auch die Gattinnen, die der junge Mensch von Freunden des Hauses oder seiner Paten erfahren hat, in das richtige Licht rücken und ihm damit zeigen, daß es eine Gemeinschaft gibt, und was diese Gemeinschaft bedeutet.

Durch Verbindung von Elternhaus, Schule und Kirche kann eine Stimmung geschaffen werden, die für unsere Jugend das innere Erlebnis der Vorbereitung unterstützt und jene Atmosphäre erzeugt, die ein Schul- gegen äußere Lockungen und Gefahren bedeutet.

Die feste Brücke bei Maxau 1 225 000 Mark Kostenbeitrag der Stadt Karlsruhe.

Der Oberbürgermeister hat vor kurzem in mündlichen Verhandlungen mit dem badischen Finanzministerium ausgemacht, daß die Stadt Karlsruhe sich an den Kosten der Erbauung einer festen Rheinbrücke Maxau-Maximiliansau mit einem anteiligen Betrag von 1 225 000 M beteiligen werde. Das badische Finanzministerium teilt nunmehr den ihm vom Reichsverkehrsminister übermittelten Vorentwurf für den Rheinbrückenbau zur Kenntnisnahme und Neuerung mit. Der Stadtrat stimmt dem Vorentwurf zu. Dabei bestätigt er mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses einmütig die Zusage des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Bereitwilligkeit der Stadt zur Leistung eines verlorenen Kostenaufwufes in der oben angegebenen Höhe.

Aus Beruf und Familie.

70. Geburtstag. Gestern beging in voller Mithilfe Kammermusiker a. D. Hermann Weitz das 70. Geburtstag. Herr Weitz hat dem Orchester des Hof- und Landes-theaters von Jahre 1887 bis zu seiner Ruhesetzung im Jahre 1923 angehört. Er ist eines der alten Mitglieder des Orchesters, die aktiv dessen Aufstieg und Blütezeit unter Motzls Leitung erlebt haben.

Zollfreier Grenzübertritt für Kraftfahrzeuge.

Nach dem Abkommen der der Association Internationale angehörenden Länder untereinander werden auf Gegenseitigkeit Grenzpaßsperren und Grenzpaßsperren, die zum zollfreien Grenzübertritt berechtigen, ausgegeben. Der Automobilklub von Deutschland hat im vergangenen Jahre laut seinem Jahresbericht 16 287 Grenzpaßsperren (Tryptiques) und 768 Grenzpaßsperren (Cartes) vorausgab. Gegenüber dem Jahre 1926 sind 4627 Tryptiques und 701 Cartes mehr ausgegeben worden. Ausländische anerkannte Klubs wurden 21 255 Grenzpaßsperren für Deutschland zur Verfügung gestellt, eine Zahl, die erkennen läßt, in wech hohem Maße ausländische Automobilisten nach Deutschland reisen. Im Jahre 1927 wurde der Passagierverkehr mit Ägypten, Italien und Italien (König). Automobilklub von Italien) aufgenommen, so daß jetzt Tryptiques für die Länder: Ägypten, Belgien, Dänemark, England (einschließlich Großbritannien), Estland, Finnland, Frankreich (einschließlich Saargebiet, Alger und der französischen Zone von Marokko), Holland, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Polen (einschließlich des Freistaates Danzig), Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien (einschließlich der spanischen Zone von Marokko), Tschecho-Slowakei und Ungarn ausgehelt werden können. Die Grenzpaßsperren haben in folgenden Ländern Gültigkeit: Ägypten, Belgien (einschließlich Luxemburg), Deutschland, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschecho-Slowakei und Ungarn. Das Grenzpaß-

Die kommunale Verschuldung.

Die Frage der kommunalen Verschuldung steht a. St. im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Ueber die Höhe der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden sind zum Teil phantastische Zahlen im Umlauf. Auf 1500, ja bis auf 2000 Millionen wurde die Höhe dieser kurzfristigen Kredite angegeben. Tatsächlich liegt die Ziffer, wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mufert, in diesen Tagen in einem Vortrage in Berlin mitteilte, weit darunter.

Das Reichsfinanzministerium hat bei allen Städten über 80 000 Einwohner eine amtliche Statistik über die Höhe der kurzfristigen Verschuldung aufgemacht. Danach beträgt die kurzfristige Verschuldung für sämtliche von der Erhebung erfassten 50 Städte, deren Einwohnerzahl rund 16 Millionen beträgt, zusammen 525 Millionen M. Davon kommen für eine Konsoziation rund 500 Millionen M. in Frage, da der Restbetrag anderweitig abgedeckt werden soll. Die kurzfristige Verschuldung der Städte zwischen 25 000 und 80 000 Einwohnern beläuft sich auf etwa 185 Millionen M. Daraus ergibt sich zusammen eine Zahl von 635 Millionen. Die Gesamtsumme der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden liegt hiernach um 700 Millionen, bleibt also um mehr als die Hälfte der im Umlauf getriebenen phantastischen Millionenzahlen zurück.

Ein zahlenmäßiger Vergleich der kommunalen Verschuldung vor und nach dem Kriege ist schwierig, da unvollständiges statistisches Material nicht vorliegt. Besonders Interesse wird bei der öffentlichen Erörterung der Frage der langfristigen Verschuldung der Städte mit

mehr als 100 000 Einwohnern entgegengebracht. Berücksichtigt man die Veränderung in der Zusammensetzung der Städte durch die Gebietsveränderungen, insolge des Verfallens Vertrages, und das Entstehen neuer Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern in den Nachkriegsjahren durch Eingemeindungen, so ergibt sich für den 31. März 1914 eine Verschuldung der deutschen Großstädte (langfristige Anleihen und Schuldscheindarlehen) von 4850 Millionen Mark. Die gegenwärtige Verschuldung der deutschen Großstädte (einschließlich der Altverschuldung) beträgt etwa 1/2 des Vorkriegsstandes.

In der kommunalen Finanzgebarung, wie in der Finanzwirtschaft aller öffentlichen Körperschaften, war die kurzfristige Schuldaufnahme zur vorläufigen Finanzierung größerer Projekte von jeher üblich. Im laufenden Arbeitsprozeß der Städte ist es ja unmöglich, für jede durch Anleihe zu bedeckende Ausgabe alsbald eine langfristige Anleihe aufzunehmen. Es entspricht daher alter kommunaler Übung, mehrere derartiger Aufgaben zu einer einheitlichen Anleihe zusammenzufassen, deren Begebung dann regelmäßig zum günstigsten Zeitpunkt im Verlauf der bereits begonnenen Arbeiten stattfindet.

Von Seiten der Städte ist angeregt worden, daß in Zukunft an den Verhandlungen der Beratungskommissionen auch ein Vertreter des Deutschen Städtetages teilnehmen soll. In der breiten Öffentlichkeit und auch im Auslande würde ein derartiger Schritt sicher dazu beitragen, das Vertrauen in die Güte und Berechnung kommunaler Anleihen weiter zu stärken.

Desinfektionswagen. Für das Stadt Krankenhaus wird an Stelle des unbrauchbar gewordenen Wagens ein neuer Desinfektionswagen angeschafft.

Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter. Das Badische Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 6 veröffentlicht die Verordnung des Ministers des Innern: Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Mitglieder der Versicherungsämter.

Expregutverkehr nach dem Orient. Seit 1. Januar kann in den größeren Reichsbahnhöfen Expregut nach Sofia, Stambul (Konstantinopel), Athen und Saloniki abgefertigt werden. In nicht zu ferner Zeit wird der Expregutverkehr voraussichtlich bis Esti, Chihar und Angora, der neuen türkischen Hauptstadt, ausgedehnt werden. Gegenstände von weniger als 5 und mehr als 80 Kilo Gewicht werden nicht angenommen. Die Fracht ist vorausbezahlen. Nachnahmen sind nicht zulässig. Die Beförderung erfolgt nach Athen und Saloniki dreimal wöchentlich und dauert a. B. nach Athen von Karlsruhe etwa 78 Stunden. Nach Sofia und Stambul ist bis auf weiteres nur einmal wöchentlich durchgehende Beförderung vorgesehen. Beförderungsbauer nach Stambul von Karlsruhe etwa 70 Stunden. Die Fracht (einschließlich Nebengebühren) kostet für 10 Kilo nach Athen von Karlsruhe 27,00 M., nach Stambul von Karlsruhe 25,00 M., ferner 5 Proz. vom Wert der Sendung als Versicherungsgebühr.

Gepäckverkehr nach Griechenland. Nachdem schon seit längerer Zeit die durchgehende Abfertigung von Personen und Reisegepäck nach Bulgarien (Sofia) und der Türkei (Stambul) eingerichtet ist, wird es vom 1. Januar 1928 eingeleitet sein, auch nach Griechenland (Athen, Thessaloniki und Piräus) zunächst Reisegepäck (gegen Vorlegung von zusammengefügten Fahrkarten der Reisebüros oder von aneinander anschließenden Fahrkarten) durchgehend abfertigen zu lassen und in einigen Wochen auch durchgehende Eisenbahnfahrten auf den Bahnhöfen zu kaufen.

Die Expregutarten nach veraltetem Muster. mit grünem Rand, ohne die Spalte „Bezahltes Gewicht“, deren Aufbrauchfrist am 31. Dezember 1927 abgelaufen war, können noch bis 31. März 1928 weiterverwendet werden.

Säureflaschen mit Etiketten versehen. Immer wieder werden Unglücksfälle gemeldet, die durch Verwechseln von Flaschen entstehen. In diesen Tagen trank ein Bergmann in Stertrade infolge Verwechslung der Flaschen Salzsäure und mußte unter schweren Verbrennungen sterben. Flaschen mit lebensgefährlichem Inhalt sind stets durch beschriftete Etiketten zu kennzeichnen. Man darf sie auch nicht neben Flaschen mit Getränken stellen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Am Mittwoch, den 25. Januar, wird das Gastspiel des jüdischen Theaters „Habima“ mit der dramatischen Legende „Dybul“ (außer Miete) wiederholt. — Die Komödie „Mittan oder die gelbe Rose“ geht am Freitag, den 27. Januar, zum zweitenmal in Szene. — „Max und Moritz“ und „Die Puppenfee“ gelangen am Sonntag, den 29. Januar, als Nachmittagsvorstellung zur Wiederholung. Im Konzerthaus findet am Sonntag, den 29. Januar, die Erkaufführung des spannungsreichen Kriminalromanpiels „Der Hexer“, von Edgar Wallace, in der Inszenierung durch Eugen Schütz-Bredien statt.

Die Interessenvertretung des deutschen Handwerks.

In der letzten Zeit sind mehrfach Vorwürfe darüber erhoben worden, daß Öffentlichkeit und Presse nicht genügend über Fragen des Handwerks unterrichtet würden und daß bei der Tätigkeit des Reichsverbandes des deutschen Handwerks gegenüber der anderer großer Spitzenverbände, wie a. B. derjenigen der Industrie, des Bankwesens usw. hinsichtlich Energie und Tempo der Interessenvertretung ein großer Unterschied festgestellt werden könne. Eine solche Kritik geht über die zulässigen Grenzen hinaus und muß zurückgewiesen werden. Sie überieht, daß es emfiger Arbeit bedurfte, um allen gesetzlichen Vertretungen des Handwerks und allen freien wirtschaftlichen Organisationen im Reichsverband des deutschen Handwerks eine Spitze zu geben. Bei der Beurteilung der Tätigkeit des Reichsverbandes des deutschen Handwerks muß Berücksichtigung finden, daß wohl das Handwerk auf Grund seiner sozialen, wirtschaftlichen und produktions-technischen Bedingungen ein einheitlicher Berufsstand ist, daß dieser aber viele Gruppen in sich anweist, deren Interessen nicht immer vollständige Übereinstimmung zeigen. Hier ist es zunächst meist Aufgabe des Reichsverbandes, auf der inneren Linie einen Ausgleich herbeizuführen, bevor er nach außen wirken kann. Es ist mitunter nicht leicht, ein einheitliches Votum im Handwerk zu erzielen, weil solches von sämtlichen Unterorganisationen der vielen Handwerksgruppen in ihrer regionalen und sachlichen Gliederung wieder abhängig ist. Bei anderen Berufsständen wie Landwirtschaft, Industrie, Bankwesen usw. ist es dagegen leichter, die Interessenvertretung wahrzunehmen; zudem verfügen die genannten Berufsstände über erheblich größere Mittel als das Handwerk, um die erforderliche Beeinflussung in Wort und Schrift zu betreiben.

Es ist auch nicht zutreffend, daß Öffentlichkeit und Presse nicht genügend über Fragen des Handwerks unterrichtet werden. Durch Vermittlung der deutschen Handwerks- und Gewerbestände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu. Sogar tritt die eigene Informationsfähigkeit der Kammern, Fachverbände und Handwerberverbände.

Pressestelle und Archiv des Reichsverbandes finden zudem laufende Transparenzmaßnahmen, die um eine sachliche Information bemüht sind. Etwa die Forderung aufzustellen, Presse und Öffentlichkeit über die Preisbildung im Handwerk zu informieren, hieße hierzu zu weit gehen. Bei der Frage der Preisbemessung werden die Interessenten immer kollidieren, darum wird auch im Handwerk eine Forderung nach ziffernmäßigen Unterlagen hierüber nur mit Misstrauen aufgenommen werden können, obwohl es wahrlich nichts zu verbergen hat und nichts verbirgt. Kein anderer Berufsstand gibt seine Kalkulationen in den Fachblättern so offen bekannt, wie das Handwerk. Hier findet jeder Volkswirt, der diesen Zusammenhängen seine besondere Aufmerksamkeit widmet, den notwendigen Aufschluß. Der Reichsverband des deutschen Handwerks darf für sich in Anspruch nehmen, Presse und Öffentlichkeit sowie die gelegenden Faktoren über die Belange des Handwerks hinreichend zu unterrichten.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 21. Jan.: Karl Wagner, Eisenbahntechniker a. D., Chemnitz, alt 60 Jahre. Emil Wader, Schiler, 17 Jahre. — 22. Jan.: Josef Kammerer, Obleter, alt 55 Jahre. Beerdigung am 24. Jan., 15.30 Uhr.



Tinte und Schminke

Großes

Presse- und Bühnenfest 1928

am 4. Febr., abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen der Städtischen Festhalle

Eintrittskarten zu Mk. 10.-

sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen: Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1; Badischer Beobachter, Steinstraße 17; Badische Presse, Lammstraße 1b; Karlsruher Zeitung, Karlsruherstraße 14; Residenz-Anzeiger, Kurvenstraße 21; Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters.

Neu! MAGGI'S 20 Pfg. Fläschchen

— Nachfüllpreis: 10 Pfg. —

ermöglichen es jeder Hausfrau, einen Versuch mit MAGGI'S bewährter Würze zu machen. Man verlange stets ausdrücklich MAGGI'S Würze



Verbesserungen im Postwesen.

Die Verbesserungen aus der am 1. August 1927 in Kraft getretenen Erhöhung der Postgebühren sollen nach der Absicht des Reichspostministeriums zum Teil zur Verbesserung und Erweiterung der Verkehrsrichtungen aller Art verwendet werden.

Darüber hinaus ist es der Oberpostdirektion gelungen, für die Städte Baden-Baden, Heidelberg und Forstheim eine dreimalige Briefaufstellung zu erwirken und so auch die Städte mit starkem Handel, Fremdenverkehr usw. unter 100 000 Einwohnern an den Verbesserungen teilhaben zu lassen.

In Bezug auf die zweimalige Ortsaufstellung in der mittleren Orten ist der hiesige Bezirk sogar seit geraumer Zeit an erster Stelle von allen Oberpostdirektions-Bezirken im Reiche markiert.

Ein Winternachtskonzert

Karlsruher Ruderverein von 1879. Ein vollbesetztes Haus brachte das Januarkonzert. Man hatte das bekannte Doppelquartett „Turnfreunde“ gewonnen, dessen Mitglieder die Solistendarbietungen wirkungsvoll umrahmten.

Der Badische Motorradklub e. V., der seit einem halben Jahr dem D.M.K. als Ortsgruppe zugeführt, feierte am Sonntag, den 7. Januar, sein einjähriges Bestehen.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen, Zurücksetzungen der dienstlichen Beamten. Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernannt: Bezirksassistenten Dr. Karl Emil Hübe in Melsbühl zum Bezirksrat als Bezirksrat in Mannheim, Kriminalsekretär Wilhelm Rump in Karlsruhe zum Kriminalkommissar.

Statistik der evangelischen Kirche in Baden.*

Der Wert von Statistiken wurde schon oft in Zweifel gezogen, und doch ist die Statistik die einzige Möglichkeit, um Vorurteile oder falsche öffentliche Meinungen zu zerstreuen.

Die Zahlen der einzelnen Religionsgemeinschaften wurden in Nr. 9 und 10 des Karlsruher Tagblattes gegeben. So können sich die folgenden auf die evangelische Landeskirche beschränken.

Erwähnt sei nur, was in den genannten Berichten nicht zu finden war, daß die Volkszählung von 1925 in Baden 11608 Atheisten (Religionslose) gezählt hat.

Im Vergleich mit der allgemeinen Bevölkerungsbewegung der letzten Jahre bietet sich die evangelische in folgender Weise dar:

Table with 2 columns: Category (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) and Values (1925, 1926).

Die Geburtensziffer zeigt im Verhältnis zur allgemeinen einen Unterschied von 2,3 pro Tausend. Das klingt anders als die Aufstellungen einzelner Statistiken, die hier einen Unterschied von 5,6 und mehr pro Hundert feststellen zu können glauben.

Bei der Sterblichkeit ist kein Unterschied unter den Konfessionen. Der Tod fragt nicht, zu welcher Konfession der Mensch gehört.

Table with 3 columns: Year (1920, 1924, 1925) and Categories (Geburten, Tausen, Taufausfälle, Ueberüberschüsse).

Die der ausschlaggebendsten Zahlen einer kirchlichen Statistik ist die Taufziffer, denn die Taufe ist und bleibt doch der Eintritt in die kirchliche Gemeinschaft.

Table with 5 columns: Year (1910, 1920, 1924, 1925) and Categories (In rein ev. Ehen, In ev. Mischehen, Uebel. Kinder ev. Mütter, Summe aller Tausen).

Im Verhältnis zu den Geburten ergeben sich demnach pro Hundert: Tausen 1910, 1920, 1924, 1925.

Von besonderem Interesse sind natürlich auch die Zahlen über die Verteilung der Tausen unter den verschiedenen Mischehen.

1925 wurden in Mischehen evangelisch getauft: von 4599 Geburten aus evang.-kath. Mischehen 2482 = 100,86 Prozent der Taufziffer;

Es zeigt sich also, daß mehr als 100 Prozent der theoretisch errechneten Mischehenauftäufer evang. getauft wurden.

Justizministerium. Ernannt: Erster Staatsanwalt Dr. Heinrich Dammersberger in Heidelberg zum Landgerichtsrat dafelbst.

Kirche. Heute ist sie das nicht mehr, und zwar erst recht, seit Rom auf Grund des kanonischen Rechts eine weit schärfere Haltung eingenommen hat.

Die Trauziffer hat dem kirchenfremden Zeitgeist gegenüber nicht die Widerstandskraft bewahrt, wie die Taufziffer. Das Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen zeigt die folgende Tabelle:

Table with 3 columns: Year (1920, 1924, 1925) and Categories (In evang. Ehen, Bürgerliche Eheschließungen, Kirchliche Trauungen, Ausfälle).

Mischehen wurden geschlossen: 1910: 2205; 1924: 2612; 1925: 2805. Davon waren 1925 ev.-kath.: 2748; ev.-evangelisch: 54; ev.-jüdisch: 17; ev.-religionslos: 81.

Von 100 Ehen waren Mischehen: 1910: 30,66; 1920: 32,27; 1924: 34,87; 1925: 36,59 (allgemein) 34,66 (ev.-kath. besonders).

Aus der Mischehenziffer sind keine vergleichenden Schlüsse zu ziehen; sie steigt und fällt mit der Zahl der Eheschließungen überhaupt.

Die Konfirmanzenzahl ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Das hängt mit der sinkenden Geburtenzahl zusammen. Es waren:

Table with 3 columns: Year (1920, 1924, 1925) and Categories (In ganzen, Davon aus Mischehen).

Auffallend ist dabei, daß trotz des Sinkens der Gesamtzahl die Zahl der aus Mischehen geborenen Konfirmanden wächst. Das mag seinen Grund wohl darin haben, daß erstens wegen der steigenden Zahl der Mischehengetrauten mehr Kinder aus Mischehen geboren wurden,

Die kirchlichen Bekantungen verhalten sich zu den Sterbefällen wie folgt: 1910, 1920, 1923, 1924, 1925. Sie haben die Vorkriegszahl überschritten.

Ueber das Verhältnis des Konfirmationsaus-tausches kann gegenwärtig keine Tabelle geboten werden, weil zwischen den zur Verfügung stehenden Zahlen der Zentralstelle für kathol. kirchliche Statistik in Köln und dem Badischen Statistischen Jahrbuch erhebliche Unterschiede bestehen.

Bietet auch die kirchliche Statistik der neuesten Zeit kein in allen Teilen befriedigendes Bild der religiösen und kirchlichen Lage, so ist es aber auch kein so ungünstiges, wie man es nach den Zeitmeinungen zu erwarten geneigt war.

Die kirchliche Statistik der neuesten Zeit kein in allen Teilen befriedigendes Bild der religiösen und kirchlichen Lage, so ist es aber auch kein so ungünstiges, wie man es nach den Zeitmeinungen zu erwarten geneigt war.

*) Badischer Auszug aus der kirchlichen Statistik für Deutschland, von dem Leiter des Statistischen Amtes des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Professor Dr. Schneider-Berlin, im kirchlichen Jahrbuch für die evangelischen Kirchen Deutschlands 1927.

Wetternachrichtendienst

Der Durchzug einer Dürckrinne brachte am Sonntag nachmittags und nachts zunehmende Bewölkung und leichte Niederschläge (Gebirge 2 bis 5 Zentimeter Neuschnee). Ein zwischen Nordsee und Nordosteuropa erkennbarer Hochdruckwall hindert die atlantischen Zyklogen am Ubergreifen auf das Festland.

Wetterausblick für Dienstag: Fortdauer der bestehenden trockenen Witterung mit Frost im Gebirge und Nachfrösten in den tieferen Lagen.

Wetterdienst des Frankfurter Universitäts-Instituts für Meteorologie und Physik. Ausblick für Mittwoch: Mild und zu Niederschlägen neigend.

Badische Messungen.

Table with 10 columns: Station, Temp., Wind, etc. for various locations like Gunglsh., Karlsruhe, etc.

Außerbadische Messungen.

Table with 6 columns: Station, Temp., Wind, etc. for locations like Augsburg, Berlin, Hamburg, etc.

*) Luftdruck örtlich.



Wolkentypen: 1) nach bedeckt, 2) wolkig, 3) überdeckt, 4) Regen, 5) Schnee, 6) Gruppen, 7) Nebel, 8) Gewitter, 9) Windstille, 10) sehr einziehend, 11) massiger Schneeeis, 12) Stürmischer Nordwest, die Pfeile zeigen mit dem Winde die bei den Stationen stehenden Zahlen geben die Temperatur an. Die Linien verbinden Orte mit gleichem Luftdruck.

Tagesanzeiger

Nur bei Aufnahme von Anzeigen gratis. Dienstag, den 24. Januar 1927. Bad. Landestheater: „Der Vogelhändler“ 19½ bis 22½ Uhr.

Was unsere Leser wissen wollen. E. Sch. in W. Wir raten zu einer außergerichtlichen Verständigung, andernfalls bleibt nichts anderes übrig, als die Verurteilung und die Teilung des Erlöses, jeder Teil kann die Verurteilung verlangen.

Advertisement for 'Mit Bauernbrot macht man zur Zeit großes Geschrei' featuring an image of a loaf of bread and text from 'Die Hausfrau bezieht es nur aus einer Karlsruher Bäckerei!'.

Der Reichsfinanzminister verteidigt seinen Etat.

Die heutige Reichstagsdebatte.

Berlin, 23. Jan. Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und kündigt an, daß für die durch die Hohenzollern-Affäre hervorgerufenen Kosten ein Nachtragsetat zu erwarten sei, der noch vor dem Haushalt des Reichswehrministeriums erledigt werden soll.

Die erste Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1928 wird fortgesetzt.

Abg. Seifert (Döhl.) erklärt zur Frage des Einheitsstaates, wenn man etwas Neues schaffen will, muß man sich nicht an den Nationalismus halten, was Preußen recht ist. Der Redner wendet sich vor allem gegen den Pleonasmus der Parlamente. Der Redner fordert ein fürsorgliches Gesetz für die verarmten Inflationsopfer.

Abg. Fran Gohlke (Linke Kommunisten) bezeichnet den Bürgerblock als eine Frucht der sozialdemokratischen Politik nach dem Kriege. Sühntage als der große politische Kopf Sebzering habe man sich schon nicht an den Bürgerblock anschließen können. Wenn man der sozialdemokratischen Presse glauben könnte, wäre Groener bereits Mitglied der Sozialdemokratie und Hindenburg würde bald folgen. Der Kommunist Thalmann habe wie ein schlechter Sozialdemokrat geredet. Im Gegensatz zu den offiziellen Scheinkommunisten würden die linken Kommunisten an dem Sturz dieser bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Die Reichswehr könne nicht reformiert, sie müsse radikal aufgelöst werden.

Reichsfinanzminister Dr. Aßler: Der Etat hat von allen Seiten eine kühle Beurteilung erfahren. Die Finanzminister der Nachkriegszeit sind nicht gerade mit Anerkennung verhältnißlos worden. Jetzt ist die uns gewohnte Erholungsperiode vorüber, und es beginnen die Normaljahre der Damesbelastung.

Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufbauarbeit ruht auf dem Rücken der Kinderreichen und viele Probleme sind ungeklärt. Man könnte fragen, warum sie nicht in Anfricht genommen wurden, als Deutschland noch volle Kräfte hatte. Aber solche rückwärtigen Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat mich wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorjährigen Staatsrede getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen Dr. Herz und Keil die Lage noch dunkler gesehen. Ich befände mich also in recht guter Gesellschaft. An der verabschiedeten Beratung des Etats trägt nicht die Reichsregierung die Schuld, sondern der Reichstag.

Die scharfe Kritik, die hier an meinen Schätzungen geübt worden ist, kann ich nicht als berechtigt anerkennen.

Ich werde darüber im Ausschuß nähere Aufklärung geben. Unter den heutigen Umständen darf nicht ein Etat aufgestellt werden, der am Schluß mit großen Überschüssen endet. Wir müssen auch von dem ungesunden System der Nachtragsetats abkommen.

Den Gegenstand berechtigter Kritik hat der außerordentliche Etat gebildet. Er bereitet auch der Regierung die größte Sorge. Es ist aber ein Irrtum, daß an die Reichsbahn ein neues Darlehen von 20 Millionen gegeben werden soll. Tatsächlich soll ein in Aussicht gestelltes Darlehen nicht gegeben werden. Ich muß an der Forderung festhalten, daß die außerordentlichen Ausgaben gedeckt werden müssen.

Trotz der Kritik an der angeblich zu optimistischen Schätzung der Einnahmen hat leider kaum einer der Kritiker Abhilfe bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil sind von denselben Kritikern Forderungen gestellt worden, die neue Ausgaben herbeizurufen müßten. Ein solches System ist unmöglich. Wir können nicht einen offenen Defizitsetat aufstellen. Wer neue Ausgaben verlangt, muß auch Vorschläge zur Deckung machen.

Das Steuervereinfachungs-gesetz wird jetzt vom Reichsrat durchberaten. Die Reichsregierung hat seine Verabschiedung in keiner Weise verzögert.

Ueber die Ausgaben des Etats für 1928 sind auch wir in Sorge. In der Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform hat man der Regierung Führerlosigkeit vorgeworfen. Wenn wir in dem

Ergebnis der Länderkonferenz einen Fortschritt sehen, so befinden wir uns bei diesem Urteile in Uebereinstimmung mit der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Brauns. (Beifall rechts.) Das stürmische Drängen des Abg. Dr. Cremer nach dem Einheitsstaat scheint in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Zwei Tage nach seiner Rede habe ich Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz gelesen, die wesentlich ruhiger klangen. Der Führer der Deutschen Volkspartei in Baden, Abg. Dr. Matte, hat vor kurzem die Meinung vertreten, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Föderalismus hochgehalten werden müsse. (Hört, hört.) Mit der Verwaltungsreform, die von allen Seiten gefordert wird, dürfen wir nicht warten, bis das Verhältnis von Reich und Ländern neu geregelt ist. Ich hoffe, daß die von der Länderkonferenz eingeleiteten Ausblicke fruchtbringende Arbeit leisten werden.

Abg. Keil (Soz.) meint, der bisherige Verlauf der Debatte habe einen ebenen tiefen wie lehrreichen Einblick in das traurige und harmonische Familienleben des Regierungsbüros gewährt. Der beste Staatsminister der Regierungspartei habe der Regierung und namentlich dem Reichsminister den Mangel an Führung in der wichtigsten

innerpolitischen Frage bestätigt. Bezeichnend sei die Tatsache, daß die „Kreuzzeitung“ Herrn von Guérard vorwirft, er habe die Koalitionsfreundlichkeit der Pariser einen starken Belastungsprobe unterworfen. Zweifelhaft sei freilich, ob die Deutschen, wie die „Kreuzzeitung“ ankündigt, prüfen würden, ob Ansehen und Würde ihrer Fraktion derartige Belastungsproben noch lange ertragen werde. So oft noch Ansehen und Würde der Deutschen mit ihrem Drang zu den Reichsständen des Regierungsstiles im Wettbewerb traten, habe stets dieser Drang den Sieg davongetragen. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Redner befragt dann die

Länderkonferenz, die durch ihren unfruchtbaren Verlauf allgemeine Enttäuschung habe. Der württembergische Staatspräsident Bazille habe sich auf dieser Konferenz ein so unheilvolles herausforderndes Auftreten erlaubt, wie es kaum jemand erwarten konnte.

Der Basille hat mit seinen argersten Drohungen das württembergische Volk selbstverständlich nicht hinter sich. (Beifall.) Seine eigenen Parteifreunde nehmen ihn nicht allzu ernst. Die Ausführungen des Abg. Dr. Cremer über die steuerliche Begünstigung Bayerns finden ihre Ergänzung durch die Feststellung des deutsch-nationalen württembergischen Finanzministers Dr. Dehringer, daß die Besteuerung der Landwirtschaft in Bayern kaum ein Drittel der Last erreichte, die die württembergische Landwirtschaft zu tragen hat. Die württembergische Bevölkerung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu fähigen. Am 20. April er wird der württembergische Landtag neu gewählt, und da wird die Wählererschaft die Rechtsregierung zum Abzug zwingen.

Der Redner erklärt zu dem vorliegenden Etat, er könne sich im wesentlichen der Kritik des Abg. Dr. Cremer anschließen. Wenn der Reichskanzler die Ausgaben der Presse über die able Hohenzollern-Affäre beschränken müßte, so bleibe nur die Frage, wie es möglich war, daß solange Zeit die zureichenden Pressemeldungen in aus unwahrscheinlicher Weise von der Regierung demontiert wurden. Berechtigt sei die Frage, wieviel Millionen noch im vertrockneten Löschen des Reichswehrministeriums fliegen, um gelegentlich für illegale Zwecke verwendet zu werden. Bei der Erklärung des Reichskanzlers zu dem Anspruch Preußens auf den Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn hat er das Bild des Greises, der sich nicht zu helfen weiß. Warum hatte er nicht den Rat, Herrn Dr. Luther mitzuteilen, daß seine Ernennung auf Grund eines rechtlichen Irrtums erfolgt sei und darum erlösche er ihn nicht, deswegen von seinem Amte zurückzutreten. (Lebhafte Zustimmung links und in Zentrum.) Außenpolitisch verlangen wir eine energische Fortsetzung der Verhandlungspolitik, ohne die der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich wäre.

Abg. Dr. Duagh (D.Nat.) dankt dem Finanzminister für sein Streben nach Sparankunft. Das von dem Minister entrollte Konjunkturbild sei aber einseitig, denn eine normale Konjunktur müße sich auch in der Landwirtschaft wiederfinden. Die Landwirtschaft gehe jedoch im neuen Deutschland zurück, ohne ihre Schuld. Gerade denjenigen Wirtschaften gehe es am schlechtesten, die am meisten nach Intensivierung gestrebt hätten. Diese

Not der Landwirtschaft bedrohe das gesamte deutsche Volk mit einer Katastrophe, sei sie auch gleichbedeutend mit der Not des deutschen Ostens. Es bestehe die Gefahr, daß mitten im Frieden die Kernprovinzen des alten preussischen Staates an Polen verloren gehen. Dürrenkuren müßten aus seiner Intelligenz errettet werden durch eine großzügige Dampfkraft. Die Not der Landwirtschaft und des deutschen Ostens sei verursacht durch die fürchterliche Blutschuld infolge der großen Tribute an das Ausland, die nur aus Krediten gedeckt werden könnten.

Die deutsche Zahlungsbilanz biete ein hoffnungsloses Bild, sie zeige einen Verlust von mehr als ein Viertel in Prozent einer Schuldvermehrung von 4,4 Milliarden Mark. Der Verlust in der Handelsbilanz allein betrage etwa 2,7 Milliarden. Die Schwächung der deutschen Kreditkraft werde durch den Stand der deutschen Kreditbanken bewiesen, deren Aktienkapital noch nicht die Hälfte des Friedenskaptals beträgt. Der Sparstillschluß bringe die Produktion zurück erwidert durch den teuren Geldmarkt. Kurzfristiges Geld koste in Deutschland das Doppelte als im Ausland. Die Idee, daß wir unseren Platz an der Sonne auf dem Weltmarkt hart erweitern können, wird sich als Illusion erweisen. Auch Exportkredite werden davon wenig ändern. Dies Geld, das dem Ausland deutsche Ware billiger verschaffen will, wäre nutzlos anzuwenden, wenn es zur Hebung der landwirtschaftlichen Werte in Deutschland verwendet würde.

Die deutsche Wirtschaft ist bereits überfordert. Ganze Gebiete der Landwirtschaft werden von den Steuern bedrückt werden müssen. Wir brauchen jetzt eine Sparpolitik im großen Stille. Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich ist ein tiefer finanzieller Luxus. Das Reich muß mit allem Vorbehalt vorangehen und den Luxus der Staatsverwaltungen einheilen. Weisheitsvolle könnten die Behörden des Arbeitsministeriums mit der Finanzverwaltung vereinbart werden. Auch die Länder und Gemeinden, namentlich die Gemeinden, müssen den Weg zur Sparankunft zurückfinden.

Einem rationellen Finanzvergleich zwischen Reich und Ländern steht wieder der Damesplan entgegen. Solange die Tributsomme nicht fest bestimmt ist, hängt ein Damesplan über dem Haupte jedes Finanzministers. Der Reparationsvertrag ist bei seiner Kritik des Verwaltungsproblems einem grundlegenden Irrtum unterworfen. Das Reich will sein Verhältnis zu den Ländern reformieren, der Damesplan hindert es aber daran. Die Regelung der Tributfrage ist entscheidend, denn während das im Innern verhandelte Geld wenigstens im Lande bleibt, bedeutet die Tributsumme einen Kapitalverlust.

Zur Frage der Verfassungsreform

wendet sich Dr. Duagh gegen den Unitarismus. Einheit sei auch ohne Unitarismus möglich. Der preussische Staatsgedanke müßte der Träger des Reichsgebanten werden, und die Eigenstaatlichkeit der Länder müße als wertvolles nationales Gut erhalten bleiben. Die Vorbereitung für die Wiederherstellung des deutschen Volkslebens sei die Rückgabe des deutschen Bodens im Osten (Beifall rechts).

Der Vorstoß gegen Herrn v. Reudell sei fehlgegangen. Geminnungsgenossen, wie sie die Sozialdemokraten in Frankreich hätten, hätten die Deutschenationalen doch nicht. Dem preussischen Kultusminister Dr. Becker wirft der Redner Geminnungsterror gegenüber der Studentenschaft vor. Hier zeige sich, wie schnell ein Demokrat sich in einen Antokrat ver wandeln könne. Herr v. Reudell habe in seinem Telegramm nur ausgesprochen, was alle deutschen Kreise empfinden.

Abg. Schröder (Döhl.) hält eine Revision der Damesgebie für die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau Deutschlands. Dazu scheine aber der richtige Zeitpunkt schon verpaßt zu sein, denn durch die Aufnahme von Auslandskredit würde die völkerrechtlich anscheinbare Damesgebi in eine unanfechtbare Privatkaufnahme ver wandelt. Der Redner verlangt eine gründliche Umwandlung des Staatswesens und bedauert, daß die Deutschenationalen sich jetzt mit dem Erbveräußerung abgefunden hätten. Die Länderkonferenz sei ein Schlag ins Wasser gewesen, ihr Ergebnis sei gleich Null. Um 14 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 14 Uhr verlagert. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Fortsetzung der Debatte über die Ruhrrentschätzungen und die 2. Beratung des Justizetats.

Revolution und Umsturz. Groeners Verhalten in den Novembertagen 1918.

Bekanntlich hat Reichswehrminister Groener nicht durchweg die Zustimmung gefunden, die man dem neuen Träger dieses verantwortungsvollen Postens gewünscht hätte. Maßgebend für den politischen Widerstand war u. a. die Haltung des Generals, die mit der Tragödie des deutschen Volkes beim Ausbruch des Weltkrieges verknüpft ist. Ueber diese Haltung gibt ein Buch Auskunft, das gerade jetzt von höchst aktuellem Interesse sein wird, weil es uns mit den Vorgängen bei der Staatsumwälzung 1918 vertraut macht. (*)

Niemann, der ja bereits durch andere Schriften bekannt geworden ist, gibt hier auf Grund einer umfassenden Literatur und ergänzt durch einen wertvollen Dokumenten-Anfang ein hares authentisches Bild über alles das, was sich am 9. November 1918 vornehmlich in Berlin und Spaa abspielte hat.

Aus diesen Dokumenten nennen wir u. a. und vor allem die Denkschriften des Generals Graf Schulenburg, eines der schärfsten Gegner der Groenerischen Auffassungen, die gemeinschaftliche Denkschrift Hindenburgs, des Generalobersten von Plessen, des Staatssekretärs von Hense, des Grafen Schulenburg und des Generals F. v. M. Marschall, weitere Schriften Hines, Plejens und Schulenburgs, der Bericht der 2. Garde-Division über den 9. 11. 18, des Sturmbrigaden Rohrs, „Der 9. 11. 18 in Spaa“ und nicht zuletzt den Briefwechsel zwischen Kaiser und Feldmarschall über den 9. 11. 18 vom 8. 7. bezw. 21. 9. 1922.

Die Rolle, die General Groener bei diesen Vorgängen in Spaa bei den Weisungen über die Haltung des Kaisers und mit diesem am 9. 11. 18 gespielt hat, ist besonders heftig umstritten worden. Insbesondere hat der frühere deutsche Kronprinz schwere Anschuldigungen in seinen „Erinnerungen“ gegen ihn erhoben. Die gleichen Anschuldigungen hatte vorher General Graf Waldersee gegen ihn geltend gemacht. Dies führte Frühjahr 1922 zu dem Spruch eines freiwilligen Ehrengerichtes, den Groener selbst erbeten hatte. Dem Ehrengericht gehörten an: v. Voehn, Generaloberst, v. Aufs, General der Infanterie a. D. Zietzen, Generalleutnant a. D., v. Säulen, Generalmajor, Graf F. v. Hindenburg, Generalleutnant a. D., v. Eisenhardt Nothe, Generalmajor, v. Besow, Generalleutnant a. D., v. Feld, Generalmajor a. D., Johow, Generalmajor a. D. und Oberst Grantoff.

Die hauptsächlichsten Punkte dieses Urteils stellen fest: Das Ehrengericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von Generalmajor Graf Waldersee gegen die Geminnung und Beweggründe des Generalleutnants Groener erhobenen Anschuldigungen ungeschieht sind, und daß Generalleutnant Groener unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen noch bestem Willen und Gewissen gehandelt und durch sein Verhalten und seine Maßnahmen dem Vaterlande am besten zu dienen erlaubt hat.

Daß sein Handeln durch „politische Auftraggeber und Gönner in Berlin“, durch „Berliner Droschscher“, durch „die Weisungen der Agenten der Revolution in Berlin“ beeinflusst worden sei, ist nicht zutreffend.

In einzelnen von Generalmajor Graf Waldersee angeführten Punkten ist das Ehrengericht zu folgender Ansicht gelangt: 1. Die Ernennung des Generalleutnants Groener zum Nachfolger des Generals Ludendorff ist lediglich auf die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zurückzuführen und nur nach militärischen Rücksichten erfolgt. Politische Beeinflussungen haben dabei nicht mitgewirkt.

(*) Alfred Niemann: Revolution von oben, Umsturz von unten. Entstehung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914-1918. Verlag für Kulturpolitik, Berlin.

2. Die Behauptung, daß Generalleutnant Groener, indem er Seine Majestät den Kaiser gedrängt habe, Spaa zu verlassen, ihn als „lästige Beiseite geschoben“ habe, und daß es in der Abdankungsfrage galt, „die Kaiserliche Annahme, daß das Meer hinter ihm stände, zu erschüttern, wenn man am Ziele kommen wollte“, entspricht nicht den Tatsachen.

Nach seiner Rückkehr von Berlin nach Spaa am 6. November war Generalleutnant Groener der Ansicht, daß die Revolution nicht mehr aufzuhalten sei.

Er war der Ansicht, daß der Kaiser nicht in Spaa verbleiben könne, sondern sich an die kämpfende Front begeben müsse. Auf Grund der in Berlin gewonnenen Eindrücke, der Meldungen über die Fortschritte der Revolution und über die Eisenbahnlage im Rücken des Heeres, sowie seiner Anschauung über die Leistungsfähigkeit und Stimmung des Heeres, und angesichts des nachdrängenden Feindes hielt er es nicht für angebracht, das Meer zur Bekämpfung der Revolution unter Führung des Kaisers markieren zu lassen.

Zweifelloch hat er sich hierbei lediglich von sachlichen Gründen leiten lassen.

Dagegen entspricht es nach Ansicht des Ehrengerichtes nicht den tatsächlichen Verhältnissen, wenn Generalleutnant Groener auf die von Seiner Majestät ausgesprochene Absicht, beim Meer zu bleiben, nicht um zum Bierneerziele zu streifen, sondern nur um das Meer gefahrlos nach Spaa zu führen, Seiner Majestät meldete, daß das Meer wohl unter seinen Generalen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückzuführen werde, nicht aber unter Führung Seiner Majestät.

Für diese schwerwiegende, die Auverläßigkeit des Heeres in Zweifel ziehende Behauptung, die auch die Entscheidung des Kaisers für Abdankung und Abreise entscheidend beeinflussen mußte, lagen nach Ansicht des Ehrengerichtes keine genügenden Unterlagen vor.

Wenn sich Generalleutnant Groener abfällig über die Befehle Rudenreid und Kriegserbier äußert hat, so hat das Ehrengericht keine Veranlassung, die Darstellung des Generals als speziellich, monach der Sinn seiner lediglich geschätzweise gefallenen Neuerung der gemeint sei, daß die Bedeutung jener Befehle bei Revolutionen leider oft zur bloßen Anee würde, und daß man sich darüber nicht täuschen dürfe.

In der Frage der Abdankung und Abreise Seiner Majestät hat sich Generalleutnant Groener Seiner Majestät gegenüber persönlich völlig zurückgehalten.

Das Ehrengericht vertritt die Ansicht, daß es bei der herbeizurückenden Stellung des Ersten Generalquartiermeisters dessen Ende war, den im Schutz der Obersten Heeresleitung befindlichen und auf deren Beurteilung der Lage angewiesenen Kaiser auch in dieser Beziehung zu beraten, umsonst, als dem Generalleutnant Groener nach seiner eigenen, früher abgegebenen Erklärung die faktische Wirkung einer geeigneten Abdankung auf die Armee bekannt war. Seiner Auffassung, daß er als württembergischer General gegenüber dem Deutschen Kaiser und König von Preußen zu einer Zurückhaltung genötigt war, kann nicht beigetreten werden.

Konnte er sich nicht entscheiden, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, so stand ihm der Weg offen, die Bitte auszusprechen, seiner Stellung enthoben zu werden. Derselbe Entschluß hätte nahe gelegen, als andere Generale die Ansicht vertraten, daß das Meer treu zu seinem Kaiser stände und unter ihm in die Heimat zurückzuführen wären.

In seinem Verhalten gegenüber der Revolution hat sich Generalleutnant Groener von der Ueberzeugung leiten lassen, daß die Revolution, die er schon seit langem habe kommen sehen, unabweisbar sei, und daß es sich nur darum handle, sie durch geeignete Mittel in möglichst maßvollen Rahmen zu halten und ein Ueberlaufen in den Bolschewismus zu verhindern.

Diese Ueberzeugung hat ihn davon abgehalten, gleich zu Beginn durchgreifende Maßnahmen gegen das Auftreten der Soldatenräte und roten Verbände in der Truppe zu ergreifen, vielmehr ihm veranlaßt, von der Anwendung von Gewalt abzuraten. Er sah in der Bildung von Soldaten- oder Vertrauensräten im Heere Mittel, um das Auftommen der radikalsten Elemente auszuschließen.

Das Ehrengericht erkennt an, daß Generalleutnant Groener auch in dieser Beziehung lediglich nach seiner Ueberzeugung gehandelt hat, ist aber der Ansicht, daß dadurch die Auflösung des Heeres gesteuert worden ist, und daß ein sofortiges entlassenes Einrücken gegen die Auswüchse der Revolution die Ordnung und Disziplin im Heere länger aufrechterhalten hätte.

Schule und Kirche

Kultusminister Peers zu Lehrerbildung und Lehrerbefolgung.

DZ, Weinhelm, 23. Jan. In einer sehr zahlreich besuchten Konferenz des Bezirkslehrervereins Weinhelm meiste Unterrichtsminister Peers zu Gast und ergriff auch das Wort, um zu den angehängteten Schulfragen Stellung zu nehmen. In Bezug auf die Lehrerbildungsanstalten Heilberg und Freiburg verwickelte er auf seine Erklärungen im Landtag. Dann behandelte der Minister eingehend die Lehrerbefolgungsfrage. Es sei anzunehmen, daß die Fortbildungsschullehrer in eine gehobene Gruppe kommen. Das Schwergewicht des Schulorganismus liegt nach wie vor in der Qualität der Hauptlehrer sowohl in der Stadt wie auf dem Lande. Die Erhaltung unserer Volkskraft sei bedingt durch die Einigkeit der Lehrerschaft in Stadt und Land. Zur Reichsbildungsgesetzgebung wünschte der Redner, daß sich ein verfassungsmäßiger Weg finden läßt, der den Ländern die selbständige Regelung ihrer Schul- und Kulturfragen gestattet. Die Länder in Nord und Süd hätten sich beim Reichsbildungsgesetz leider verständnislos gegenüber und es sei zu befürchten, daß ein Schulgesetz beschlossen wird, das auf Baden nicht die richtige Rücksicht nimmt.